

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblatthaus.

Abend-Ausgabe erscheint von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Verlagskonto: Frankfurt a. M. Nr. 1105.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

Tagblatthaus Nr. 668-13.

Von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.

Verlagskonto: Frankfurt a. M. Nr. 1105.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: M. 1.40 monatlich, M. 4.20 vierteljährlich, durch den Verlag Langgasse 21, ohne Porto, M. 1.25 vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, auswärts gegen Nachnahme. — Bezugs-Verhältnisse nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Poststelle Langgasse 21, sowie die Anzeigenstellen in allen Teilen der Stadt, in der Provinz die Anzeigenstellen in den benachbarten Ländern und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 25 W. für deutsche Anzeigen; 35 W. für auswärtige Anzeigen. 1.25 M. für farbige Anzeigen. 2.50 M. für auswärtige Anzeigen. 20% Treuhand-Zuschlag. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechende Nachlässe. — Anzeigen-Entwurf: Für beide Ausgaben: bis 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Röhmer 6202 und 6203.

Dienstag, 11. Februar 1919.

Abend-Ausgabe.

Nr. 62. • 67. Jahrgang.

Der Anschluß Deutsch-Osterreichs.

Am letzten Tage des Januars hat der Staatsrat von Deutsch-Osterreich von der österreichischen Nationalversammlung vorliegenden Gesetzentwurf, der Deutsch-Osterreich als Glied des Deutschen Reiches erklärt, einstimmig angenommen, und der Staatssekretär Dr. Bauer hat bei einer in Wien veranstalteten nationaldemokratischen Kundgebung die bedeutsame Mitteilung gemacht, daß die deutsche Reichsregierung an die deutsch-österreichische Regierung eine Einladung überreicht habe, einen Verwaltungsvertrag für den neuen Deutschen Staat zu schließen. Der Staatssekretär hat die Überzeugung ausgedrückt, daß der Staatsrat von Deutsch-Osterreich diese Einladung dankbar annehmen werde.

Damit ist endlich von beiden Seiten ein positiver Schritt geschehen, um die Angliederung der aus dem zertrümmerten Verbande der Donaumonarchie ohne Stimmrecht auscheidenden deutschen Elemente an den Verband des Deutschen Reiches durchzuführen als logische Folge aus dem Zusammenbruch des rein geographischen Reiches und aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Wir sagen, daß sich jenes Auscheiden ohne Stimmrecht vollzieht. Das künftige Völkergemisch des Donauraumes hat den Deutschen, obwohl diese mit ihrem Bestand von nahezu 14 Millionen das Rückgrat des österreichischen Staates bilden, niemals ein beglückendes oder auch nur betrübliches Schicksal befohlen, sondern sie haben ihnen ihr Dasein allezeit mit den Tschechen, Polen und Südslawen kämpfen, trotz der starken Reibungen mit den Magyaren lassen.

So ist auch jetzt der von den Tschechen ausgehende Vorstoß, einen Wirtschaftsverband der ehemaligen Nationen des Donauraumes zu bilden, nur von einem geringen Teil der Deutsch-Osteierreicher begrüßt worden, und zwar einmal von gewissen industriellen Kreisen, welche sehr zu Unrecht eine Schädigung durch die Konkurrenz der reichsdeutschen Industrie befürchten, ferner von einem Teil des Hochadels und endlich von jenen Schichten der Wiener Bevölkerung, welche sehr ernsthaft die Entthronung Wiens als Hauptstadt fürchten.

Ganz im Gegensatz dazu aber wünscht und fordert die überwiegende Mehrheit der Deutsch-Osteierreicher den Anschluß an das Deutsche Reich, nicht nur mit Rücksicht auf die Gemeinwesen von Sprache, Geschichte und Kultur, sondern ebenso aus Rücksicht auf die Gemeinwesen der wirtschaftlichen Interessen und endlich in der Erkenntnis, daß sie als selbstständiger Volksstaat zwischen Deutschland und den slawischen Ländern vertrieben, als Kolonialgebiet der letzteren aber aufzuleben würden. Es muß mit aller Entschiedenheit ausgesprochen werden, daß, wenn sich überhaupt so viel gegensätzliche Stimmen in Deutsch-Osterreich erhoben, die Entscheidung über die Schaffung eines selbstständigen Staates oder der Zusammenfassung mit den tschechischen, südslawischen Staatsformen usw. fürchten, die Schuld hieran einmal an der Gleichgültigkeit lag, mit der man in weiten Kreisen des deutschen Volkes seinem Anschluß gegenüberstand, und nicht minder an der, von uns schon wiederholt festgestellten unbegründeten Falschheit, welche die provisorische Regierung in dieser für unsere volkliche und staatliche Zukunft doch so brennenden Frage an den Tag legte. Es hätte aber von vornherein kein Zweifel darüber werden dürfen, daß wir im Reiche die deutschen Volksgenossen aus der ehemaligen Donaumonarchie mit offenen Armen aufnehmen werden, und es lag und liegt um so mehr Grund dazu vor, dies mit dem nötigen Nachdruck zu betonen, da die politischen und wirtschaftlichen Zustände, in denen wir uns seit dem 9. November und noch immer befinden, wahrlich nicht sonderlich verlockend für diejenigen sind, die sich zur Aufnahme in den neu zu errichtenden deutschen Staatenbau melden. Eben deshalb darf man sich nicht wundern, wenn sich bei unseren österreichischen Bundesgenossen bereits einher ummut über die frühe Gleichgültigkeit bemerkbar gemacht hat, mit der wir diese Kreise bei uns diesem Vorwande gegenüberstellen, daß uns doch für unseren leider unermesslichen Verlust in diesem Weltkriege an Entschädigung, ja, wir dürfen es kaum, reich zu entschädigen vermögen.

Unsere Erwartung ist, daß die deutsche Nationalversammlung eine solche nachholen wird, was die provisorische Regierung verweigert hat, daß sie mit unbedingter Entschiedenheit als Ausdruck des deutschen Volkswillens die feierliche Forderung erheben wird: Deutsch-Osterreich muß wieder zum Deutschen Reich! Die deutsche Nationalversammlung muß nachdrücklich betonen, daß, was die kleinen Nationen und Völkchen betrifft wie die Polen, Tschechen, Südslawen, Magyaren usw., zu betrachten, den weit mehr als 70 Millionen Deutschen nicht verweigert werden darf und kann, nämlich das Selbstbestimmungsrecht der Völker, auf das die Alliierten sich bei dem Waffenstillstandsvertrag uns gegenüber ausdrücklich verpflichtet haben.

Die neue Reichsregierung.

Weimar, 9. Febr. Aus parlamentarischen Kreisen erfahren wir, daß die Verhandlungen der Parteien über eine Mehrheitbildung noch nicht zu Ende geführt sind. Ein gemeinsames Aktionsprogramm ist noch nicht aufgestellt worden, jedoch ist eine Mehrheitbildung aus Reichssozialisten, Demokraten und Zentrum als absolut sicher. Auch in der Frage der Kabinettsbildung ist eine endgültige Regelung noch nicht erfolgt. In der Verteilung der Sitze auf 7 Reichssozialisten, 4 Demokraten und 4 Angehörige der Zentrumspartei soll festgehalten werden, jedoch ist noch nicht sicher, welcher von diesen Parteien der Posten des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes zugerechnet werden soll. Es wird in parlamentarischen Kreisen bestimmt angenommen, daß die Leitung des Auswärtigen Amtes in den Händen des bisherigen Staatssekretärs Grafen von Frosdorff-Mangan bleibt. Als Kandidaten für das Reichsfinanzamt werden sowohl Febr. v. Redenbach als auch Dornburg genannt. Naturgemäß werden auch die Gesandtenposten nach dem Stärkeverhältnis der Mehrheitsparteien verteilt werden.

Weimar, 9. Febr. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, hat auch der Senat noch keine Klärung in der Frage der Besetzung der drei Präsidentenstellen (der Nationalversammlung, des Reiches und des Reichsministeriums) gebracht. Es steht durchaus noch nicht fest, ob die Sozialdemokratie überhaupt eine dieser Präsidentenstellen abgeben wird. Die endgültige Entscheidung darüber werde erst in einer für Montag angeordneten Fraktionsberatung der Reichssozialisten fallen.

Der Arbeitsplan der Nationalversammlung.

Scheidemann wird über die auswärtige Politik sprechen.

Weimar, 9. Febr. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, soll die neue Kreditvorlage noch im Laufe dieser Woche verabschiedet werden. Unmittelbar nach Erledigung des provisorischen Verfassungsgesetzes wird der Volksbeauftragte Scheidemann den Reichsfinanzminister über die Regierungsvorlagen und in diesem Zusammenhang auf die aktuellen Fragen der auswärtigen Politik eingehen. Nach einer Meldung der „Weimarschen Rundschau“ handelt es sich bei der 25-Milliarden-Vorlage nicht um eine Neuforderung, vielmehr sind 15 Milliarden bereits vom alten Reichstag erledigt worden, wobei ein erheblicher Teil allerdings bereits zur Veranlagung gelangt ist. In den 25 Milliarden kommen noch 300 Millionen hinzu, die zur Deckung des laufenden Baukostenfonds bestimmt sind.

Roske und Reinhardt lehnen den Reichsfinanzrat ab.

Berlin, 9. Febr. Volksbeauftragter Roske und Kriegsminister Reinhardt haben laut „Deutscher Allg. Ztg.“ den Antrag der Berliner Konferenz der Korpskommandanten auf Bildung eines Reichsfinanzrates abgelehnt.

Die Auslandspreste zur Nationalversammlung.

Amsterdam, 7. Febr. In einem „Am Vocabulaire der Weimarer Verammlung“ betitelten Artikel führt die „Times“ vom 5. Februar den Ausdruck an: „Freiheit kann von einer Revolution ausgehen, aber sie kann nicht leben, wenn sie nicht ihre eigene Mutter tötet.“ Die „Times“ glaubt Grund zu der Annahme zu haben, daß die Mehrheit der deutschen Nationalversammlung sich dieser Wahrheit gewirkt sein wird und ohne Bewußtseinsverlust die Nationalität einsehen und den Muttermord begehen werde. Die große Menge habe für die Freiheit gekämpft, aber für die absolute Freiheit. Die Regierung Eberts habe viel Zeitigkeit an den Tag gelegt.

Die Friedenskonferenz.

Der Stand der Verhandlungen.

Paris, 6. Febr. (Neutermeldung.) Nach der Abreise Lord Georges am 5. d. M. und des Präsidenten Wilson am 13. d. M. wird eine Periode angestrengter Arbeit für die Kommissionen der Friedenskonferenz beginnen, da sie das Material, das Wilson bei seiner Rückkehr vorfinden soll, vorbereiten müssen. Eine hohe britische Persönlichkeit erklärte, der Friede werde ungefähr Mitte Sommer abgeschlossen werden. In vielen Fragen sei noch keine Übereinstimmung erzielt worden. Die kommende Ruhepause in der Arbeit des Rates der Großmächte werde die Regelung der Schwierigkeiten durch die einzelnen Parteien ermöglichen. Zum Beispiel: Italien und Griechenland sowie Italien und der jugoslawische Staat sich einigen, ohne daß die Konferenz zu vermitteln brauche.

Blockade oder Einfuhrkonzessionen?

Amsterdam, 8. Febr. Der „Times“ vom 5. d. M. wird von ihrem politischen Mitarbeiter in Paris gemeldet, daß die Blockadefrage immer mehr in den Vordergrund trete und während der nächsten Wochen vermutlich den größten Teil der Aufmerksamkeit der Konferenz und der Waffenstillstandskommission in Spa in Anspruch nehmen werde. Es bestünde eine starke Strömung zugunsten einer Lösung dieser Frage in der Weise, daß die Blockade als eine solche für die Konzessionierung der Einfuhr nach den feindlichen Ländern verwandelt werde.

Die Lebensmittelschiffe.

Hamburg, 7. Febr. Die an die Entente ausgelieferten erste Staffel der Lebensmittelschiffe setzt sich aus 9 Dampfern der Hamburg-Amerika-Linie und aus je 2 der Deutschen Levante-Linie, der Kosmos-Linie, der Deutsch-Nordamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft und der Hamburg-Südamerikaner-Linie zusammen. Der Tag der Abreise, der durch die übertriebenen Lohnforderungen des Seemannsbundes verschoben worden war, wird in einer neuen Konferenz in Spa festgesetzt werden.

Hannover gegen eine Republik Nordwestdeutschland.

Hannover, 7. Febr. Die Zentrale A. und S.-M. für Hannover beschloß, der Einladung der braunschweigischen Landesregierung und des A. und S.-Rates Braunschweig zu dem Kongress auf den 9. und 10. Februar nach Braunschweig zwecks Gründung einer Volksrepublik Nordwestdeutschland keine Folge zu leisten. Er empfiehlt auch den einzelnen A. und S.-Räten, den Kongress nicht zu besuchen. Der zentrale A. und S.-M. Hannover protestiert gegen die von der braunschweigischen Landesregierung beabsichtigte Gründung einer Republik Nordwestdeutschland, da die Schaffung von einzelstaatlichen Freistaaten nur der Nationalversammlung vorbehalten sei.

Spartakistenverhaftung in München.

München, 8. Febr. Der in Moskau geborene und in letzter Zeit in der Öffentlichkeit vielfach hervorgetretene Dr. Lewin ist wegen seiner Umtriebe, die letzten Endes darauf abzielten, den Bürgerkrieg nach Berliner Spartakistenmuster auch in München zu entfesseln, verhaftet worden. Es ist ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet. Da Verdacht geheimer Erkrankung besteht, wird er auf seinen Geisteszustand untersucht werden.

Die Lebensmittelsendungen für Deutschland.

Dz. Berlin, 9. Febr. Das Abkommen mit den Vertretern der alliierten Regierungen über die Lieferung von Lebensmitteln an Deutschland ist am 8. Februar in Spa nach dreitägigen Verhandlungen unterzeichnet worden. Der wesentliche Inhalt des Abkommens ist folgender: Der Oberste Ernährungsrat der alliierten Regierungen wird Vorarbeiten treffen, daß sofort 30 000 Tonnen Schweinefleisch und Schweinefleisch und 250 000 Tonnen kondensierte Milch über Rotterdam nach Deutschland geleitet werden. An unmittelbarem Anschluß an diese Lieferung sollen die alliierten Regierungen in Aussicht nehmen, 250 000 Tonnen Weizen und Weizenmehl und weitere 350 000 Tonnen Schweinefleisch und Schweinefleisch zu liefern. Diese Lieferungen werden von einer befriedigenden Lösung der Finanzfrage abhängig gemacht. Außer den genannten Nahrungsmitteleinheiten hat die deutsche Vertretung als Bedarf für die Monate März bis August angegeben: 400 000 Tonnen Weizen und 100 000 Tonnen Fett und Fleisch für jeden dieser Monate, sowie eine Million Tonnen Mais und andere Nahrungsmittel für den ganzen Zeitraum. Für die Erfüllung des ganzen Abkommens ist die Annahme und Ausführung der Bestimmungen für die Abgabe der Handelsflotte vorbehalten. Daraus ergibt sich, daß eine absolute Sicherheit für den Eingang der Lebensmittel nicht besteht.

Zur Bekämpfung des Bolschewismus im Baltikum.

Berlin, 7. Febr. Über die Lage in den baltischen Provinzen und die damit im Zusammenhang stehende Bekämpfung des Bolschewismus wurde in Spa am 6. Februar folgende Note übergeben: Die Lage der in den baltischen Provinzen des ehemaligen russischen Reiches gegen die Bolschewisten kämpfenden freiwilligen deutschen und baltischen Truppen hat sich weiter verschlechtert. Die Ostseestadt Windau nördlich Riga ist nach den hier vorliegenden Nachrichten von bolschewistischen Truppen besetzt. Gelingt es nicht, die bolschewistische russische Welle bald zum Stehen zu bringen, so bedroht sie über die Grenzen nach Deutschland hinein. Die Alliierten haben zu wiederholten Malen von Deutschland die Niederkämpfung des Bolschewismus gefordert. Dies ist aber nur möglich, wenn den deutschen Truppen alle erforderliche Unterstützung zu teil wird. Hierzu gehört, daß in einem gewissen Umfang von See aus der Schutz für die Truppen und unter Umständen auch für die Transportwege gewährleistet wird. Angehörig dieser Lage ist mehrfach an Admiral Bromberg der Antrag gestellt worden, einigen Kriegsfahrzeugen die Infolge des Artikels 23 des Waffenstillstandsvertrages haben abzuziehen müssen, wieder auszurufen und in Dienst stellen zu dürfen, um in Riga geringe Streikkräfte ständig stationieren zu können. Diese Anträge sind bisher abgelehnt worden. Infolgedessen wird nunmehr der Oberste Alliierte gebeten, anzuordnen, daß alliierte Seestreitkräfte ständigen Aufenthalt in Riga nehmen, um gegebenenfalls zum Schutze der Küstenplätze gegen die bolschewistische Annäherung mit den Waffen einzusetzen oder von dem baltischen Meer aus Admiral Bromberg übermittelten Standpunkt abzurufen und die Instandhaltung geringer deutscher Seestreitkräfte zu ermöglichen. Es würden zunächst ein Kreuzer und vier Zerstörer genügen.

Die bolschewistischen Massenmorde.

Amsterdam, 8. Febr. Nach einem hiesigen Blatte wird der „Times“ aus Selsingfors gemeldet, daß die Hinrichtung der vier russischen Großfürsten am 28. Januar im inneren Hofe des Gefängnisses von Verabinsk, einer Vorstadt Petersburgs, stattfand. Mit den Großfürsten wurden noch 172 andere Personen erschossen, und zwar 144 Männer und 28 Frauen, die von den Bolschewiki beschuldigt waren, an der englisch-französischen Organisation teilgenommen zu haben. Die Großfürsten starben würdig. Großfürst Nikolaus Michailowitsch war so krank und durch Hunger so geschwächt, daß er auf einer Bahre in den Hof getragen werden mußte und auf dieser erschossen wurde. Die Erschießung fand am frühen Morgen bei 17 Grad Kälte statt und wurde durch eine Abreißung Matrosen und Chinesen in Gegenwart der außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution vorgenommen.

Neues Siedlungsland.

Die von der Reichsregierung und dem Staatssekretär des Reichsarbeitsamtes erlassene Verordnung zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland, über welche wir schon kurz berichteten, verpflichtet in ihrer grundlegenden Bestimmung, die Bundesstaaten, bezugsweise gemeinnützige Siedlungsunternehmen zu gründen. Dienen und zunächst die Staatsdomänen zum Kauf anzubieten. Die Siedlungsverbände sind berechtigt, Moorland und Ländereien gegen Entschädigung im Enteignungsweg in Anspruch zu nehmen, und sie sind mit einem Vorkaufsrecht auf sämtliche landwirtschaftlichen Grundstücke von über 20 Hektar ausgestattet. Bei Verkäufen an öffentliche Körperschaften und an nächste Verwandte ist das Vorkaufsrecht ausgeschlossen. Als Siedlungsunternehmen im Sinne dieser Bestimmungen können auch öffentliche Behörden und Anstalten bezeichnet werden. Der Kern der Verordnung stellen Bestimmungen dar, die der Aufteilung des — wie die Begründung sagt — volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigten Großgrundbesitzes dienen. Danach sind in solchen Bezirken, deren landwirtschaftliche Nutzfläche zu mehr als 13 v. H. auf Güter von über 100 Hektar entfällt, die Eigentümer zu rechtsfähigen Landlieferungsverbänden zusammenzufassen. Diese Verbände haben den Siedlungsunternehmen des Bezirks aus ihrem Bestand ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche für Siedlungszwecke zu angemessenem Preise zur Verfügung zu stellen. Die Lieferungsverpflichtung ist erfüllt, sobald die landwirtschaftliche Nutzfläche der großen Güter nur noch 10 v. H. der gesamten Nutzfläche beträgt. Hinsichtlich der großen Güter hat der Lieferungsverband das Vorkaufsrecht, das er ausüben muß. In dringenden Fällen steht ihm ein Enteignungsrecht zu. Für die Auswahl der zu liefernden Siedlungslandstücke sind bestimmte Richtlinien vorgeschrieben. So soll z. B. in den Besitz der Kriegsgewinnler, Spekulanten, Wazzellanten, der schlecht wirtschaftenden Güter und derjenigen Besitzer eingegriffen werden, die sich während der größten Zeit des Jahres nicht auf ihren Gütern aufhalten. Diese Bestimmungen sind äußerst elastisch und werden in der Praxis zu zahlreichen Reibungen Anlaß geben. Ein weiterer Grundsatz ist der, daß die in den letzten dreißig Jahren vom Großgrundbesitz aufgekauften Bauernhäuser wieder der bäuerlichen Siedlung zugeführt werden sollen. Die Rechte des Fideikommisses usw. sind beseitigt, soweit sie Vorräte bedeuten. Die Siedlungsunternehmen haben gegenüber den Ansiedlern ein Wiederverkaufsrecht. Diese Bestimmung soll den Mißbrauch des Landes durch die Ansiedler verhindern. Zur Errichtung des mit der neuen Verordnung beabsichtigten Landes sind auch eine Reihe von Bestimmungen erlassen, die das Arbeitsverhältnis und die Lage der Landarbeiter möglichst verbessern sollen. Diese Bestimmungen sind vorläufiger Natur. Ein der Eigenart der Landwirtschaft angepaßtes Arbeitsrecht soll später nachkommen. Einstweilen will die Verordnung dem häuslichen Arbeiter die Sicherheit geben, daß er auf dem Lande in seiner Lebenshaltung gegenüber der Stadt nichts einbüßt. Damit soll der Abwanderung der Industriearbeiter gegen die Landwirtschaft entgegen gewirkt werden. Es wird demgemäß für ein Drittel des Jahres eine Arbeitszeit von acht, zehn und elf Stunden festgesetzt. Ruhepausen werden festgelegt, die Bezahlung von Überstunden, für eine Reihe von Bestimmungen geschaffen, die denjenigen der übrigen Arbeiterkategorien möglichst ähnlich sind. Besondere Bestimmungen treffen auch die Wohnungsfrage.

Der Tschechenstaat und seine Grenzen.

Paris, 7. Febr. (Drahtmeldung.) Die Vertreter der fünf Großmächte hörten Kramar und Benesch an. Die Tschecho-Slowaken verlangen, einen Staat von ungefähr dreizehn Millionen Einwohnern in den Grenzen des früheren Kaiserreichs Böhmens bilden zu können. Sie verlangen daher ganz Böhmen, Mähren, Schlesien und die Elbmündung. Die Tschecho-Slowaken fordern außerdem Grenzveränderungen in der Gegend von Ratibor an der Oder und in der Gegend von Gmund und Thommenau in Niederösterreich. Schließlich sind die Tschecho-Slowaken geneigt, sich mit den Ruthenen zu vereinigen, die auf dem linken oberen Ruckel wohnen, wenn diese es wünschen. Dagegen sind sie einer Vereinigung mit dem Gebiete der Südböhmern nicht abgeneigt, denn sie würde die Deutschen endgültig vom Orient abschneiden. Die neuen slowakischen Staaten würden dadurch mehr Festigkeit bekommen, da sie keine Zugangswege zum Meere und nach Italien hätten.

Spanien.

Amsterdam, 8. Febr. Dem „Maatsen Handelsblad“ zufolge meldet die „Times“ aus Madrid, daß sich die Arbeitsschwierigkeiten in Andalusien und anderen südlichen Provinzen ausbreiten. In Sevilla ist der Generalstreik ausgebrochen, an dem u. a. die Bäcker, die Arbeiter der elektrischen Zentrale, die der Gasfabrik und die Straßenbahn-anstalten sich beteiligen. Auf der Straßenbahn versehen Soldaten den Dienst. Unter den Werftarbeitern von Asturien gibt es.

Das Frauenwahlrecht in Luxemburg.

Luxemburg, 8. Febr. (Drahtmeldung.) Die Kammer nahm mit 34 gegen 11 Stimmen das Frauenwahlrecht an. Auch in der gesetzgebenden Versammlung können Frauen gewählt werden.

Die Republik Rheinland und Westfalen.

Wohin gehören wir?

Unter dieser Überschrift nimmt am 7. d. M. im Morgenblatt ein unbekannter Stellung für die Aufteilung Preußens und Gründung einer westdeutschen Republik bezw. Anschluß Russlands an dieselbe.

Die bisherigen Vertreter dieser Ansicht haben als Hauptgrund hierfür stets das Wohl des gesamten Volkes und gemeinsamen Vaterlandes ins Treffen geführt. Da sie sich hiermit auf höhere Werte stellten, mußte man ihre Ansicht achten, selbst wenn man sie auch nicht in allen Punkten teilen konnte. Was soll man aber zu den unter obiger Überschrift erschienenen Ausführungen sagen? Reicht sich doch in ihnen schon der von den Gegnern einer Aufteilung gefürchtete Partikularismus in trüffelter Form. Der Verfasser fühlt sich schon als Bürger einer stolzen Republik Rheinland-Westfalen, eines Staates, „der in der ganzen Welt geachtet sein wird“.

Also, ein selbständiger Staat Rheinland-Westfalen soll entstehen, denn im Rahmen eines Deutschlands mit starker Zentralgewalt wäre in diesem Gebilde nicht möglich, für sich das Ansehen „der ganzen Welt“ zu erringen. Die wahre Parole heißt also: „Los von der Berliner Reichsregierung“ und damit letzten Endes „Los von Deutschland.“ Wahrscheinlich, wenn man so etwas liest, weiß man nicht, ob einem das Blut vor Scham oder vor gerechtem Zorn zu Kopfe steigt. Wir sind fest davon überzeugt, daß der Verfasser des angegriffenen Aufsatzes nicht im geringsten an eine Loslösung der Westrepublik vom deutschen Gesamtstaate gedacht hat. (Schluß.)

Die Notwendigkeit der Errichtung dieses Zukunftsstaates sucht man mit der Berliner Großmännlichkeit, die unser nationales Unglück verschuldet habe, zu begründen. Damit kann nur die frühere Regierung gemeint sein. Dieselbe existiert aber doch nicht mehr, und eine neue ist zurzeit erst in der Bildung begriffen. Die vorübergehenden Zustände einer Übergangszeit können keinesfalls einen derartigen Schritt rechtfertigen. Mit sportivistischen Raubideen dürften wohl auch andere, die zwar keine Rheinländer, aber dafür um so heißere Deutsche sind, nichts gemein haben wollen. Weh der Verfasser übrigens nichts von den Vorfällen in Düsseldorf, Bielefeld, Essen und anderen Städten Rheinland-Westfalens?

Wenn sich jetzt schon derartige Partikularismus hervorwagt, wie er sich in dem französischen Auffass kundgibt, wenn auch zunächst noch unerkannt, so scheint mir ein gewisses Mißtrauen dieser neuen Staatsgründung gegenüber nicht ganz unberechtigt. Keinesfalls dürfen derartige partikularistische Gründe für unsere künftige Gestaltung ausschlaggebend sein. Nur das darf, soll und muß zugleich geschehen, was zum Wohle unseres ganzen Volkes gereicht, und wenn es das Wohl des Ganzen verlangt, dann, aber auch nur dann, soll und wird das geforderte Opfer gebracht werden.

Dr.-Ing. Münchener.

Weiter schreibt man uns:

Vor der Frage und hinter der Tat muß als fundamentale Forderung die Sicherung des Reichsganges stehen. Wird das Reichsganze gesichert durch das Fortbestehen eines unteilbaren Preußens, so ist jede Auflösung einzelner Teile von Preußen von der Hand zu weisen. Wird das Reichsganze dagegen gefährdet durch das Fortbestehen eines in seinen bisherigen Grenzen groben Preußens, so sind diese Gefahren im Interesse des Reichsganges einmütig zu bekämpfen. Ergibt sich aus den politischen Folgen der Revolution die Tatsache der Auflösung einzelner Gebietsteile von Preußen, oder ergibt sich aus den Folgen des Krieges die unausweichbare Notwendigkeit der Auflösung einzelner Gebietsteile vom bisherigen Preußen, so gewinnt daraus die Gründung eines westdeutschen Reichstaates ihre natürliche Berechtigung. Für Rhein ist in diesem Falle die feste Anlehnung nach Westen eine sich aus allen Verhältnissen gestaltende Selbstfolge.

G. v. Marées (Gaub-Wiesbaden).

Wiesbadener Nachrichten.

— Arbeiternot auf dem Land. Zu dem traurigen Kapitel, daß trotz großer Arbeitslosigkeit in den Städten es im Gartenbau und in der Landwirtschaft an willigen Arbeitskräften mangelt, kreibt und ein Obst- und Rosenzüchter im Rheingau: Keine Arbeitslosigkeit, sondern empfindliche Arbeiternot herrscht auf dem Land. Unsere Felder, Weinberge, Gärten, Gärtnereien sind im Krieg meist schlicht bebaut worden, viele Felder blieben sogar unbebaut. Jetzt wäre es nun heilige Pflicht, dafür zu sorgen, daß dem Boden wieder recht viel abgerungen würde, aber es fehlt an Arbeitskräften, welche arbeiten können und wollen. Die Arbeiter ziehen die Tätigkeit in den Fabriken vor, und zwar aus leicht begreiflichen Gründen. Das kann aber auf die Dauer nicht so weitergehen, denn wo kommen für nächstes Jahr genügend Lebensmittel her? Auf diese Weise werden dieselben noch knapper und infolgedessen noch teurer. Bearbeitet muß werden, was in der Landwirtschaft. In einer Zeitung in Eltville sucht seit einigen Wochen ein Gärtner Arbeiter ohne jeden Lohn. Ähnliches wird aus dem Vogelsberg gemeldet. Dort sucht für Geländearbeiten die Gemeinde Wenigges 30 Arbeiter. Trotz aller Bemühungen meldeten sich bisher nur 10.

— Die Veranlagung zur Umsatzsteuer. Zur Vereinfachung von Zweifeln und Gärten, die bei der Veranlagung zur Umsatzsteuer herangezogen sind, hat der Syndikat in seiner Sitzung vom 18. Januar d. J. durch Änderung des § 10 bezw. 7 und 17 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz bestimmt, daß den Teppichen im Sinne des § 8 Nr. 10 U. St. G. jede Art von Fußbodenbeleg und Wandbesparung ohne Rücksicht auf die Art des Stoffes, und zwar sowohl in abgerastem Zustand als auch als Meterware gleichzusetzen ist. Es fallen somit auch Fußbodenbelege aus Linoleum, Papierstoff, Mattenstoffe usw. unter § 8 Nr. 10 U. St. G. (Umsatzsteuer). Weiter sollen Kleider, Putzstücke und Ausstattungsgegenstände von Angehörigen des Geistes und der Marine und von Beamten, die im Dienst Uniform zu tragen verpflichtet sind, der erhöhten Umsatzsteuer nach Maßgabe des § 8 Nr. 1 des Gesetzes nicht unterliegen, so weit es sich um Gegenstände dieser Art in einfacher, den amtlichen Vorschriften entsprechender Ausstattung handelt. Unter den gleichen Voraussetzungen sollen aus Pelz hergestellte oder mit Pelz verbrämte Bekleidungsstücke von Militärpersonen nur der allgemeinen Umsatzsteuer unterworfen, demnach von der Luxussteuer nach § 8 Nr. 11 U. St. G. befreit sein.

— Staatliche Prüfung von Fürsorgerinnen. Durch Erlass vom 10. September 1918 hat der Minister des Innern Vor-

schriften über die staatliche Prüfung der Fürsorgerinnen, sowie Richtlinien über die Durchführung der Vorschriften erlassen. Der Erlass enthält folgende besonders bemerkenswerte Bestimmungen: 1. Staatliche Prüfungen von Fürsorgerinnen finden nach Bedarf an staatlich anerkannten Wohlfahrtschulen, sozialen Frauenschulen oder ähnlichen Unterrichtsanstalten statt. 2. Dem Zulassungsgesuch ist beizufügen: 1. Der Nachweis über Vollendung des 24. Lebensjahres; 2. der Nachweis des abgeschlossenen Besuchs eines Lyzeums (kann unter Umständen durch Nachweis einer geringen Vorbildung ersetzt werden); 3. der Nachweis der staatlichen Anerkennung als Krankerpflegerin oder Säuglingspflegerin; 4. der Nachweis der staatlichen Prüfung als Kindergärtnerin, Hortnerin oder Lehrerin; 5. der Nachweis der Teilnahme an einem 1½-jährigen Lehrgang in einer staatlich anerkannten Wohlfahrtschule. III. Bewerberinnen, die den unter II. angeführten Bedingungen nicht voll entsprechen, können unter bestimmten Voraussetzungen ausnahmsweise zu der Prüfung zugelassen werden. Im Einzelnen bestimmen über die Zulassung die beiden zuständigen Minister.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

* **Kessels-Theater.** Am Samstag gibt zum erstenmal Hefenowitsch das Drama „Die im Schatten leben“ in Szene. In Vorbereitung ist „Ermeneude“, Schauspiel von Fraja Petrus zu Leinungen.

* **Konzerte.** Der „Wiesbadener Frauenchor“ stellt dieses Jahr seine Kunst in den Dienst der Wohltätigkeit und gibt seine beiden Konzerte zum Festen erkrankter Soldaten. Das erste Konzert, zierlich und schön, findet am 1. März unter Leitung von Gustav Meißner im Kasino statt. Außer der Leiterin stellen sich noch zur Verfügung: Gedrich Schöpp (Sopran), Alexander Ripp (Bass), dem Kassations Landestheater und Marie Schöpp (Sopran) aus Berlin, hier schon als Vortragssolistin bekannt. Am Freitag, 8. März, wird das zweite Konzert am 26. April in ein Festkonzert mit dem beliebten Sänger Robert Reiche aus München.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

* **Reins, 10. Febr.** Für Hochlandarbeiten, Anschließungsarbeiten im Pflanzholz zur Gewinnung von Industriezweigen und Herrichtung von Lagerplätzen wurden 1.633.000 M. bewilligt. Für die Eisenbahnlinie wurde ein monatlicher Zuschuß von 60.000 M. bewilligt.

* **Kassel, 10. Febr.** Mit dem Eid Kassel wurde für den Bereich des Regierungsbezirks Kassel eine Siedlungs-Gesellschaft m. b. H. „Siedlungs-Prima“ gegründet. Das Grundkapital beträgt 1.478.000 M. Die Gesellschaft soll Kriegsteilnehmern, Handwerker, Beamten, Angehörigen und Arbeitern die Beschaffung und Errichtung von Wohnstätten im ländlichen Bereich zu ermöglichen. Für die weitere Beschaffung von Geldmitteln sollen Bank- und Sparkassengelder des Bezirks gewonnen werden.

Neues aus aller Welt.

Ein Automobilunfall des belgischen Sozialistenführers Vandervelde. Amsterdam, 7. Febr. Wie aus Brüssel gemeldet wird, erlitt der belgische Sozialistenführer Vandervelde einen Automobilunfall. Der Verletzte wurde am Kopf schwer verletzt.

* **Belgische Räuber.** Brüssel, 8. Febr. Durch einen verwegenen Raubakt ist die Sache der Räuber in der Provinz West-Flandern zu einem Höhepunkt gekommen. Als heute früh gegen 7 Uhr drei Lehnbeamte der Gendarmerie zum Hauptort aus der Wohnung zur Nacht in Höhe von 100.000 M. zur Auslösung gebracht wurden, wurde an der neuen Schule ein Fuhrwerk von sechs Pferden gehalten, wurde es mit Schüssen und Revolvern und Messern besetzt, riefen: „Leute, heute wird gekassiert.“ Die Lehnbeamten, die einsehten, daß alles vergeblich war, händigten das Geld aus und wurden dann mit dem Fuhrwerk zurückgeführt, während die Räuber mit ihrem Geiz erlitten.

* **Charlottenburg.** Bern, 7. Febr. In die Zweigstelle Basel der Reichshofbank kamen heute mittag drei Männer, davon einer in Zivilkleidung, bedrohten die Kassabeamten mit Revolvern, schloßen sie und raubten ihnen 3000 M. Bargeld und 15.000 M. Scheckanleihe. Die drei Räuber entkamen an einem Berg in das Eis und wurden am Morgen gefangen.

* **Eingang auf der Elbe.** Hamburg, 9. Febr. Oberhalb Ditzburg ist das Eis heute zum ersten Mal gekommen.

* **Auf eine Mine gelassen.** London, 9. Febr. Reuter meldet: Der Minensucher „Grime“ wurde vorgestern früh an der Themsenmündung auf eine Mine und sank. 24 Überlebende wurden gerettet.

Handelsteil.

Von der Rheinschiffahrt.

Seitens der Köln-Düsseldorfer Dampfschiffahrts-Gesellschaft wurden bis auf weiteres die sämtlichen Dampfer der Schiffahrtsgesellschaft West in Köln und Duisburg durch Vertrag übergeben. Zur Ersetzung von Kohlen sind die seit Wochen schon Tag und Nacht unter Dampf liegenden Schiffe, sämtliche Boote der Kölner Gesellschaft und einige der Düsseldorfer Gesellschaft, nunmehr in die Winterhäfen eingelaufen. Der Salondampfer „Kronprinzessin Cecilie“ ist nicht dabei. Er wurde mit neuen Sommerzellen versehen, die wegen der scharfen Winterhitze sich nur um das große Oberdeck hängen. Im übrigen ist die ganze Flotte in Ordnung, so daß sie innerhalb 48 Stunden unter Dampf gesetzt werden und auslaufen kann. In Köln sind aus Düsseldorf die Boote „Rismark“ und „Niederwald“ dieser Tage einzutreffen. In Koblenz liegen die Boote „Elsa“ und „Frauenlob“ und „Forstia“ zur Verfügung der Amerikaner. In Deutz liegen dienstfertig: „Schiller“, „Stolzenseel“, „Hansa“, „Rhein“ und „Großherzog Ernst Ludwig“, und im Rheinhafen „Undine“, „Goethe“, „Hohentauern“, „Barbarossa“, „Faiser Friedrich“, „Blücher“, „Rheingold“ und „Hindenburg“.

Banken und Geldmarkt.

* Die Bank für Handel und Industrie, Darmstadt-Berlin, errichtet ebenfalls eine Filiale in Fulda sowie eine Niederlassung in Bad Nauheim.

Industrie und Handel.

* Die Ansichten der Kallindustrie. Die Kallwerke Krügerhall A.-G. in Halle, beurteilt in ihrem Bericht die Aussichten der Kallindustrie für die nächste Zeit wenig günstig. Abgesehen von dem Verlust des Kalimonopols durch die Besetzung Elsaß-Lotharingens und dem Aufschub der Verhältnisse in Spanien seien auch die inneren Verhältnisse nicht befriedigend. Durch Einführung des Achtstundentages, durch erhebliche Lohnsteigerungen, durch die Fehlen- und Materialpreise seien die Verhältnisse so gestiegen, daß bei den jetzigen Preisen kein Verdienst mehr läßt. Die Leistungen der Arbeiter seien ein Drittel zurückgegangen und die Erzeugung im Sinken. Die Kallindustrie werde nicht in der Lage sein, jetzt größere Mengen ausführen zu können.

Di: Abend-Ausgabe umfasst 4 Seiten.

Gauverwalter: H. Hegerdorn.

Verantwortlich für den Inhalt: H. Hegerdorn; für politische Nachrichten: H. Hegerdorn; für den Anzeigen- und Anzeigen-Teil: H. Hegerdorn; für den Anzeigen- und Anzeigen-Teil: H. Hegerdorn; für den Anzeigen- und Anzeigen-Teil: H. Hegerdorn.

Druck u. Verlag der „Wiesbadener Tagblatt“ in Wiesbaden. Eingeschrieben bei der Schlichtung 13 bis 14.

Zum Besten erblindeter Soldaten

Samstag, den 1. März, abends 7 Uhr,
im Casino, Friedrichstraße 22:

VI. Konzert

Wiesbadener Frauenchor
Leitung: Gussy Aloff.

I. Teil.

Lieder, ges. von Alexander Kipnis, Baß,
vom Nass. Landestheater, hier, und von
Gottfried Schopen, Tenor, Konzertsänger
aus Düsseldorf-Oberkassel.

II. Teil.

Prinzessin Ilse, eine Rubezahl-Legende von
Anton Krause, Dichtung von Fechner-
Leyde für Soli, dreistimm. Frauenchor,
Deklamation u. Klavier. — Ilse: Gussy
Aloff, Konzertsängerin von hier, Prinz
Ratibor: Gottfried Schopen, Rubezahl:
Alexander Kipnis, Deklamation: Marthe
Schäffer-Chamouthé, Vortragskünstlerin
aus Berlin. Am Flügel: Frida Lieber,
Pianistin von hier.

Samstag, den 26. April:

VII. Konzert z. Besten erblindeter Soldaten Volkslieder-Abend.

Lieder z. Laute: Robert Kolthe aus München.
Dreistimmige Volkslieder für Frauenchor.

Ermäßigte Abonnements für beide Kon-
zerte für passive Mitglieder: I. Platz 6 Mk.,
II. Platz 4 Mk. (numeriert). — Neue Mitgl.
wollen sich vorm. von 12-1 Uhr bei Frau
Gussy Aloff, Gr. Burgstr. 3, anmelden oder
schriftlich bis 20. Februar.

Eintrittskarten für Nichtmitglieder für
ein Konzert: I. Platz 4 Mk., II. Platz 3 Mk.,
unnumeriert 2 Mk. in allen Musikalienhdl.
ab 24. Februar und an der Abendkasse.

Vergnügungs-Palast Gross-Wiesbaden

Dotzheimer Str. 19.

Nur noch bis Samstag!

Wiesbaden wie es weint und lacht! mit KARL HAYE

in der Hauptrolle.

Anfang 7½ Uhr (vorher Musik).

Ab Sonntag, 16. Februar:

Vollständig neuer Spielplan.

Im Tanz-Cabaret: Großer Betrieb.

Im Restaurant: Konzerte u. Vorträge.

Walhalla-Theater

Vornehmes Buntes Theater

Ab 1. Februar 1919, allabendlich 7½ Uhr:

Der größte Schlager d. Saison!

Der lokale Burlesken-Scherz

Hoher Besuch

unter Mitwirkung Wiesbadener Originale wie:
De Diebeberger Keim,
die Lumpenrosa, de lange Salz usw.

Ferner:

Der bedeutendste Lressur-Akt aller Zeiten

:: SMARAGDAS ::

Zoologischer Garten auf der Bühne

sowie eine Kette ausreißender Kunstkräfte.

Sonntags 3 Vorstellungen.

Heidelbeerwein

eingetroffen.

Joh. Zill, Wiesbaden, Seiersteiner Str. 11.

Für Tanzzirkel!

Empfehle meine reichhaltige Auswahl an
Masken-Kostümen jeder Art zur lei. weißen
Abgabe.

Frau Anna Wenel

Blücherplatz 6, 2.

Emaillirte Koch-Töpfe

in allen Größen und guter Qualität eingetroffen.

M. Rossi, Wagemannstraße 3.

Städtisches Badhaus Zum Schützenhof

Schützenhofstraße 4 (Koteingang): Thermalbäder mit Ruhegelegenheit.

Joh. Georg Mollath Nachf.

Marktstraße 32 :: Telephon 3751

Samenhandlung — eigene große Samenkulturen

Preisliste über Gemüsesamen steht frei zu Diensten.

Fachmännische Auskunft über Gemüsebau bereitwilligst.

Maler- und Anstreicher-Arbeiten

werden bei billigster Berechnung ausgeführt.

Möbel-Lackiererei Bernhardi & Strakow,
9 Bismarckring 9.

Empfehle meine

Abteilung I: Automobil- u. Motoren-Reparatur

Abteilung II: Nähmaschinen-Reparatur

Abteilung III: Schreibmaschinen-Reparatur.

Erste fachmännische Reparatur am Platz.

Automobil- u. Motoren-Reparatur.

Telephonstraße 23.



Zöpfe

sowie alle

Haar- Ersatzteile

in größter Auswahl.

Anfertigung
auch von ausgekämmtem Haar.

Dette Michelsberg 6.

Werden in bekannt: fachmännischer
Weise umgearbeitet, repariert
und gefärbt.

Mittel-
Michelsberg 28, Bau. 1.

Auch sind daselbst Töpfe in allen Größen
jetzt bedeutend billiger zu verkaufen.

Herren-Maßschneiderei

empfiehlt sich. Neuanfertigen, Umändern und
Wenden, sowie alle in das Fach einschlagenden
Arbeiten in feinsten Ausführung.

13 Michelsberg 13, gegenüb.
der Wilhelms-Heil-Anstalt.

Hch. Kollee

Für Wenden, Umänderung
und Neuanfertigung

empfiehlt sich:

P. Ernst

Grünewaldstraße 16, 1.

Trockenes Buchen-Eicheholz

osentrocken, liefert

ab 5 Ztr. 6.50 Mk., ab 20 Ztr. 6.30 Mk. frei Keller

H. Steimmel, Holz- und Kohlenhandlung,

Grünewaldstraße 34.

Schlafzimmer-Einrichtungen ::

in Mahagoni, Birke, Eiche,

Speisezimmer, Wohn- und Herrenzimmer,
Küchen-Einrichtungen, einzelne Betten etc.

in bekannt guter Qualität empfohlen

Weyershäuser & Rübsamen

Luisenstraße 17 ■■ Möbelfabrik ■■ Luisenstraße 17
neben der Reichsbank.

Parquetboden- und Linoleumwachs,

hölzerne Fußbodenwachs, feht.
Parquetwachs und Stahl-
böden verläufig 66
H. Gail Wwe.,
Schwalbacher Straße 2.
Telephon 84.

Celluloid- Spangen

repariert
Damen-
Friseur Dette
Michelsberg 6.

Apollopulver

ausverkauft, aber Greenol-
Pulverpulver für künstl.
Nähe noch etwas vorrat.
Drogerie Alexi,
Tannstraße 3.

Crème Mouson,

vorzügliches Mittel zur
Hautpflege, empfiehlt
Drogerie Alexi
Michelsberg 9. Tel. 652.

Kerzen

edle milde
Kernseife
für Seife u. Wäsche, so
lange Vorrat reicht, empf.
de Parfümerie-Handlung
Sulzbach, Bärenstraße.



Stadt-Umzüge
Fern-Umzüge
Lagerung.

Adolf Mouha

Schwarzenstraße 29.

Zigarren

33, 38, 45, 50, 55 Pfennig
(auch Löffelweife).

Siegellack

rot, gr., blau, 2 Pf. 4.50 Mk.

schwarz, g. Qual. 1.20 Mk.

Papierhandlung Weiler

Grünewaldstraße 55.

Kautabak

eingetroffen.

Rudolf Stassen,

Bismarckstr. 4 Tel. 63. 61.

Ernst Neuser

Wiesbaden: Kirchgasse, Ecke Faulbrunnstr.

Große Auswahl in Herren-
Jungl. u. Knaben-Kleidung
:: Konfirmanden-Anzüge ::

Werkstatt für Umänderungen u. Instandsetzung
Stoff-Anfertigung.

K 119

Komme sofort

zum Reparieren von Rollläden u. Jalousien
aller Art. — Fernruf 1710 (grüne Radler).

Rolladen-Institut METZGER

Mauritiusplatz 3.

Bestellungen

auf Selbstbäckerei werden wieder angenommen.

Dortmunder Union-Bräu, Aulmbacher
Pegbräu, Wiesbadener Germania-Bräu.

Bierstube Poths, Langgasse 7.

Erkältungen

empfehle einen billigen 1917er

Natur-Rotwein per Fl. 5.00 Mk.

Ingelheimer (rot) per Fl. 6.50 Mk.

Frauensteiner (weiß) Fl. 5.00 Mk.

dito 1915er " Fl. 6.00 Mk.

dito 1917er " Fl. 6.50 Mk.

ohne Flasche und Steuer.

Friß Henrich Obalweinkellerei

Blücherstr. 24

Telefon 1914.

Unser Fernsprechanruf Nr. 163

ist wieder freigegeben.

Heinrich Fries & Co., Holzhandlung,

ne. en Güterbahnhof, West.

Das Anfahren von Holz Kots, Kohlen

so wie

Führen aller Art

wird prompt und gewissenhaft
bei billiger Berechnung ausgeführt

August Reininger's Gelegenheitsläufe

Kellertstraße 37. — Telephon 6102.

La Brennholz

geschnitten Mk. 5.— ab Platz neben

Ungehackt p o Zentner 40 Pfennig weniger.

Bei größeren Mengen Spezialkorte.

Holzhandlung M. Reich

Kirchgasse 15. Telephon 6072.

Bestellungen beim Portier Hotel Nannen' of a'zugeben

Anzündholz und Abfallholz,

(sowie Kantholz), Bretter und Latten

liefert frei Haus

W. Gail Wwe., Schwalbacher Straße 2.

Telephon Nr. 84.

101

Achtung!

Prima Kernleder-Abfälle wieder

eingetroffen, Pfd. 2.50 Mk., solange

Vorrat reicht Bismarckring 17, Lad.

101

Susten.

Wiesbadener Tabletten

gebraucht man gegen Husten, Heiserkeit, Nachen-
latach und dergl. mehr. 1407

Schäferhof-Apothete, Langgasse 11.

101

Sammetweich

wird die Haut bei Gebrauch meiner herrlich duftenden

Glycerinmilch.

Flasche mit Seifenspray 2.75 Mk.

Drogerie: Baste, Tannstraße 5.

101

Teilhaber

mit kleiner Einlage zur Gründung eines Lebens-

nittel-en-gros-Geschäftes, speziell für Konsum-

Branchen, gesucht. Derfelbe muß eine tüchtige

Kraft sein, die in ähnlichen Geschäften bereits

tätig war. Diskretion zugesichert. Off. unter

E. 539 an den Tagbl.-Berl.